Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 98 (2018)

Heft: 1055

Artikel: Von Wutbürgern und Moralisten

Autor: Rudin, Michel

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-816065

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Von Wutbürgern und Moralisten

Der verbissene Kampf, der aktuell in den sozialen Netzwerken ausgetragen wird, ist der Debatte über gesellschaftliche Normen und ihre Veränderung nicht zuträglich.

von Michel Rudin

Ein jeder von uns musste als Kind mühsam erlernen, nach welchen Regeln unser Zusammenleben mit anderen stattfindet. Wir erlernen Anreden und Umgangsformen, Bräuche, Rituale, Sprachen und Sprachnuancen, wir lernen zu unterscheiden, zu argumentieren, wir lernen bestenfalls sogar Humor. Und auch wenn dieser Prozess nie abgeschlossen ist, so gibt es doch viele Regeln, an die sich die meisten von uns einfach halten. Als banales Beispiel sei hier etwa das Händeschütteln in der Schweiz genannt.

Ein auf unausgesprochenen, gemeinsamen Normen basierendes Miteinander unterscheidet sich nun in gleich mehreren Punkten vom aktuellen Diskurs in den sozialen Medien. Hier sind die Regeln noch nicht definiert, geschweige denn austariert oder von den Nutzern verinnerlicht – gleichwohl, oder gerade deshalb, werden die Forderungen nach Sanktionierungen bei Verletzungen des Anstands und der Persönlichkeitsrechte immer lauter. So gibt es in der Schweiz bereits erste Gerichtsentscheide hinsichtlich Verleumdung und dergleichen mehr, Deutschland erprobt gar ein Gesetz, das sich der Löschung von Beschimpfungen und Diskriminierungen verschrieben hat – von einer Norm, einer eingespielten Etikette im Umgang miteinander kann jedoch bisher keine Rede sein. Daran wird auch ein Gesetz nichts ändern, denn die schiere Masse der Beiträge in sozialen Medien braucht vor allem eines: Selbstregulierung.

Natürlich gibt es gewisse «analoge» Regeln, die auch im Digitalzwischenmenschlichen praktische Anwendung finden: Ein öffentlicher, ernsthafter Aufruf zum Mord in einem sozialen Netzwerk etwa wird von der überwiegenden Mehrheit der Nutzenden aufgrund auch hier geltender moralischer Gepflogenheiten sanktioniert. Bei vielen anderen, weniger eindeutigen Beiträgen ist dies jedoch noch nicht der Fall, da die Normen noch nicht ausgehandelt sind.

Öffentlichkeit ohne Gatekeeper

Kommunikation ist zwar eine Disziplin, in der sich unsere Gesellschaften seit Tausenden von Jahren geübt haben. In Social Media kommen aber uralte und gänzlich neue Seiten des Kommunizierens im selben Moment zum Tragen: Ortsunabhängigkeit, Unmittelbarkeit, Anonymität und totale Öffentlichkeit. Anders als im Umgang mit unseresgleichen, unseren Gepflogenheiten des bisherigen Miteinanders, hatten wir bisher recht wenig Zeit, uns darin zu schulen: Facebook mit insgesamt zwei Milliarden Nutzenden gibt es erst seit 2004. Und Twitter mit ca. 300 Millionen Nutzenden existiert seit 2006. In der kurzen Zeit war es schlicht nicht möglich, sich auf auch nur halbwegs verbindliche Normen zu einigen, die eine gewisse Allgemeingültigkeit im digitalen Miteinander für sich reklamieren können.

Natürlich konnten Sie auch früher schon Beschwerdeschreiben an die SRG schicken, oder Leserbriefe an eine Tageszeitung. Doch für den Durchschnittsbürger mussten stets zuerst die Gatekeeper überzeugt werden, bevor sie in die Öffentlichkeit gelangten. Eine Unterhaltung über aus Stil- und Anstandsgründen abgelehnte Leserbriefe gehörte deshalb auch lange zu den spannendsten, zugleich abgründigen wie lustigen Gesprächen mit eben jenen Gatekeepern, also Journalisten. Fragen Sie heute mal die Moderatoren von Onlinedebatten grosser Nachrichtenportale, wie lustig das ist! Im allgemeinen Gepöbel geht momentan die Positivseite dieser Entwicklung notabene etwas unter: Jeder von uns kann nun im Prinzip ständig und für alle sichtbar mit einem Bundesrat interagieren.

Rechthaberei statt Dialog

Was früher für manche Mitbürger an der Wahlurne und am Stammtisch galt, trifft nun auch für soziale Medien zu: viele nutzen sie, um sich einfach Luft zu machen, bedenken die Folgen selten, erfreuen sich am Zuspruch aus der Filterbubble. Social Media sind ein Schlachtfeld, auf dem sich Wutbürger und Moralisten gegenseitig die Köpfe einschlagen. Über die Erstgenannten wird medial oft berichtet: Seit den politischen Umschichtungen in den USA, Frankreich und Deutschland werden sie uns als unwissend, ignorant und faktenblind präsentiert, ein gutes Stück weit unfähig, sich der Gesellschaft über einen konstruktiven Zugang zu nähern. Meistens stimmt das sogar, nicht selten brechen sich auch Fremdenfeindlichkeit und Fortschrittsverdruss Bahn.

Es gibt aber auch eine Gruppe von Menschen, die kaum im öffentlichen Kritikgewitter steht, allerdings an eben jenem fleissig mitwirkt: die Moralisten. Sie unterscheiden sich intentional von

«Es wird verbal auf den unbedachten Journalisten eingeprügelt, der ‹Schwulenehe› statt ‹Ehe für alle› schreibt, als hätte er klar homophobe Beweggründe gehabt.»

Michel Rudin

Michel Rudin, zvg.

Syrien-Konflikt

Wir schauen hin und helfen.

Vielen Dank für Ihre Spende.

Postkonto 30-9700-0
IBAN CH97 0900 0000 3000 9700 0
Vermerk «Nothilfe Syrien»

www.redcross.ch/syrien

ZEWO Zertifiziert CERTIFIÉ CERTIFICATO

Schweizerisches Rotes Kreuz

«Wir dürfen uns weder von Wutbürgern zur Einfalt verleiten noch von Moralisten das Wort verbieten lassen.»

Michel Rudin

den Wutbürgern, gehen aber ähnlich vor: sie suchen und finden immer jemanden, der etwas vermeintlich moralisch Verwerfliches getan hat – und teilen ihm und allen anderen das nur zu gern mit. Nicht selten verteidigen sie ihre Ansichten und Haltungen humorlos, meist ideologisch, mitunter sektiererisch. Dabei wissen sie sich selbst stets auf der «richtigen» Seite. Sie schieben die Ideale von Armutsvermeidung, Kindesrecht, Gleichstellung und so weiter vor, ohne ihre Haltung dabei einer kritischen Analyse zu unterziehen – vor allem im Hinblick darauf, ob ihre Ansprüche unserer komplexen Welt gerecht werden oder in ihrer Absolutheit gerecht werden *können*.

Interessanterweise sind es denn auch sie, die den Begriff «Political Correctness» am Ende in Verruf bringen. Zwar «wissen» sie immer, was das «Richtige» wäre, egal ob es um Begriffe, Haltungen oder politische Gruppierungen geht, interessieren sich aber selten für den Kontext und die Frage nach der grundsätzlichen Berechtigung dafür, eine Gruppe einer anderen moralisch überlegen zu präsentieren. Dabei bringen sie ihre Kritiken mit einem Furor zur Geltung, der jeden Dialog unterbindet und Abwehrreaktionen geradezu provoziert. Sie sind, wie ihre Wutbürger-Gegenüber, von vornherein überzeugt, dass sie abschliessend und universell im Recht sind und deshalb auch das Recht haben, andere zu diskreditieren.

Beide Extreme verkennen: Werte ändern sich. Ständig. Hüben wie drüben, überall. Sie sind zu einem Gutteil Verhandlungssache, aber wer nicht verhandelt, sondern «recht hat», trägt zu diesem Prozess nichts bei. Der Umgang mit Homosexualität ist dafür ein sehr gutes Beispiel: Noch vor 40 Jahren hätten wohl die Wutbürger und Moralisten der Schweiz gemeinsam die Verwerflichkeit von Homosexualität gegeisselt, aus unterschiedlicher Warte zwar, aber durchaus mit demselben Ziel. Heute geisseln nur noch die Wutbürger, während die Moralisten sprachliche Unzulänglichkeiten im Umgang *mit* Homosexuellen verurteilen, als verhinderten sie damit Morde. Da wird verbal auf den unbedachten Journalisten eingeprügelt, der «Schwulenehe» statt «Ehe für alle» schreibt, als hätte er klar homophobe Beweggründe gehabt. Solch fanatischer Eifer ist nicht nur abstossend, er ist der guten Sache schlicht abträglich.

Die medial sehr erfolgreiche #MeToo-Kampagne illustriert das wunderbar. In ihrem Überschwang wurden alle männlichen Übergriffe, seien sie schwerwiegend oder eben nicht, nachweisbar oder eben nicht, über denselben Kamm geschoren. Das Ziel war nicht selten die öffentliche Vernichtung einzelner Individuen ohne Beweisführung und Prozess. Die öffentliche Anklage allein reichte. Während die Wutbürger – nicht minder katastrophal – das Phänomen männlichen Machtmissbrauchs verharmlosten oder gar legitimierten, sorgte vor allem die Undifferenziertheit der Vernichtungswelle für eine Beschädigung von Gleichbehandlungsgrundsatz und Unschuldsvermutung – eine Verbesserung hinsichtlich der Gleichstellung von Mann und Frau wurde und wird damit ganz sicher *nicht* erreicht.

Die Auswirkungen dieser ideologischen Polarisierung auf die zeitgenössische Politik sind unübersehbar: Das Aufkommen von extremen Parteien und der Erfolg höchst fragwürdiger Regierungsvertreter, die sich zuvorderst den Kampf gegen die «Political Correctness» auf die Fahnen schreiben, wurden begünstigt. Was wäre dagegen zu tun?

Humanismus als Gegenstrategie

Wir dürfen uns weder von Wutbürgern zur Einfalt verleiten noch von Moralisten das Wort verbieten lassen. Ein gelebter Humanismus, also eine an Menschenliebe gekoppelte Dialogbereitschaft, ist das Gegenmodell zu PC-Extremismus und Hass. Eine selbstkritische, offene und interessierte Haltung im Miteinander entreisst beiden Polen in der Debatte augenblicklich die Deutungshoheit. Es beginnt also bei jedem Einzelnen, seiner Haltung zum unreflektierten Lagerdenken und seiner Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge durchdenken zu wollen, wenn es darum geht, als Vorbilder die Ordnungen und Normen des Diskurses im Netz und an der Urne mitzugestalten. Mit einer Sprache, die verstehen will, differenziert ist und dem Gegenüber durchaus skeptisch, aber stets auch mit Respekt begegnet. ‹

Michel Rudin
ist glp-Grossrat im Kanton Bern und Co-Präsident der Schwulenorganisation Pink Cross.